***[E-Mail Adressen Berliner Fraktionen]***

[mail@cdu-fraktion.berlin.de](mailto:mail@cdu-fraktion.berlin.de)

[fraktionsbuero@spd.parlament-berlin.de](mailto:fraktionsbuero@spd.parlament-berlin.de)

[bettina.jarasch@gruene-fraktion.berlin](mailto:bettina.jarasch@gruene-fraktion.berlin)

[werner.graf@gruene-fraktion.berlin](mailto:werner.graf@gruene-fraktion.berlin)

[wawzyniak@linksfraktion.berlin](mailto:wawzyniak@linksfraktion.berlin)

[hans@linksfraktion.berlin](mailto:hans@linksfraktion.berlin)

***[Betreff Vorschläge]***

Unterstützen Berliner Politiker die Täuschung Brandenburger Ministerien an ihren Wählern?

Können so Berlin und Brandenburg zusammenwachen?

Wie kann da sein?

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie mir aus dem aktuellen Berliner Koalitionsvertrag bekannt wurde, haben sich Berliner und Brandenburger Politiker bereits vor Beginn eines erforderlichen Raumordnungsverfahrens auf den Standort für ein zukünftiges ICE-Instandhaltungswerkes geeinigt und dies im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Aus meiner Sicht widerspricht dies jeglichen demokratischen Grundregeln und kann so nicht hingenommen werden.

Laut übereinstimmenden Medienberichten ist bekannt, dass die Deutsche Bahn AG (DB) im Berliner Umland ein ICE-Werk plant und als Standort dafür die Rieselfeldflächen der Gemeinde Stahnsdorf, welche die Ortsteile Schenkenhorst und Sputendorf umgeben, favorisiert (im Berliner Sprachgebrauch „Stadtgüterflächen in Großbeeren“).

Im Juni 2022 hat sich dort eine Bürgerinitiative (BI) gegründet, deren Mitglieder diese Rieselfeldflächen erhalten wollen und fordern, dass das geplante ICE-Werk in kleinerer Dimension auf bereits versiegelten Flächen errichtet wird. Das großflächige Bauen in die „Grüne Wiese“ können wir uns so nicht mehr leisten.

Mit Ihrem Anliegen hat sich die BI an mehrere Brandenburger Ministerien gewandt. In den Antwortschreiben, die die BI erhalten hat, wird speziell von der Gemeinsamen Landesplanung (GL) auf den Prozess des Raumordnungsverfahrens bzw. der vorgelagerten Antragskonferenz verwiesen (beides ist noch nicht erfolgt). Die Antwortschreiben lesen sich zusammengefasst etwa so:

**- Staatskanzlei - Antwort auf Schreiben an Hr. Woidke (Antwort vom 13.03.23)**

*Verweis auf die Antwort des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung*

**- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) - Antwort auf Schreiben an Hr. Vogel (Antwort vom 13.03.23)**

*Verweis darauf, dass bei der GL noch keine Antragsunterlagen der Bahn eingegangen sind und MLUK erst bei Eröffnung des Raumordnungsverfahrens hinzugezogen wird.*

**- Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (GL) - Antwort auf Schreiben an Hr. Beermann (Antwort vom 22.02.23)**

*„Die Bewertung …bleibt jedoch dem behördlichen Verfahren vorbehalten, um eine interessenfreie Abwägung…sicherzustellen.*

*Ich bitte Sie daher um Verständnis, dass wir außerhalb dieses Verfahrens und ohne entsprechende Untersuchungsunterlagen keine vorgezogene Bewertung abgeben oder präjudizierende Festlegungen für oder gegen konkrete Standortalternativen treffen.“*

Wie kann es sein, dass die Brandenburger Minister der BI und den Bürgern der Region vorgeben einen demokratischen Prozess abwarten zu wollen, hinter dem Rücken Ihrer Wähler aber mit Berliner Ministerien Absprachen treffen und diese Absprachen dann im Berliner Koalitionsvertrag wie folgt festgeschrieben wird?

**Koalitionsvertrag der Berliner SPD und CDU - Seite 59 (Quelle: Koalitionsvertrag 2023-2026 Berlin CDU/SPD)**

*„Wir unterstützen im Einvernehmen mit dem Land Brandenburg den Bau eines weiteren ICE-Werks auf Stadtgüterflächen in Großbeeren*.“ (damit sind die oben erwähnten Rieselfeldflächen in Schenkenhorst und Sputendorf gemeint).

1996 ist ein gemeinsames Bundesland Berlin-Brandenburg an der Befürchtung der Brandenburger gescheitert, von Berliner Politik nicht ernst genommen, übergangen und vereinnahmt zu werden.

27 Jahre später scheinen die Berliner Fraktionen von SPD und CDU mit ihrem Koalitionsvertrag genau diesem Vorurteil zu entsprechen. Das Zusammenwachsen von Berlin und Brandenburg kann so nicht stattfinden und meines Erachtens braucht Berlin Brandenburg. Ohne grünen Strom aus Brandenburg kann Berlin die Energiewende sicherlich nicht schaffen und ohne Wasser aus Brandenburg und deren Rücknahme wäre es vermutlich nicht lebensfähig.

Vor diesem Hintergrund werden Sie sicherlich dafür Verständnis haben, dass dieser Vorgang meinem Verständnis von Demokratie und Transparenz eklatant widerspricht.

Aus diesem Grund wende ich mich an Sie.

Liegt hier ein Vorgang vor, bei dem im Rahmen der Verhandlungen von Parteien in Berlin nicht bindende Vorgaben gemacht werden, die in die Zuständigkeit des Landes fallen, die Zuständigkeit des Landes nachhaltig umgehen und vorgesehene Verfahren durch politische Zieldefinition ab absurdum führen?

Die o.g. Antwortschreiben der Brandenburger Ministerien an die BI sind dieser Mail beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

*[Max Mustermann*

*Straße der deutschen Einheit 100*

*11111 Berlin}*

Mitglied „Bürgerinitiative Lebensraum Stahnsdorf“